DENK! MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 1 | Monatszeitschrift | 1. November 2008

Vorwort der Redaktion

Liebe Leser, bei der Durchsicht der nachfolgenden Seiten wird Ihnen sicherlich die Absicht von Gründer und Redaktion auffallen. Nicht desto trotz möchte die Redaktion Ihnen mit diesen Zeilen unsere neue Monatsschrift vorstellen und unsere Ziele darlegen. Üblicherweise haben Zeitschriften eine Spalte oder gar eine ganze Rubrik für Leserbriefe bzw. Leserreaktionen auf vorhergehende Berichte und Artikel vorgesehen. Dies ist ein Weg, um eine direkte Verbindung zwischen Leser und Redaktion aufzubauen und positive oder negative Reaktionen aufzunehmen.
Auf diesem Weg versuchen sowohl die Leser als auch die Redaktionen entsprechende Hinweise, Kritiken bzw. Forderungen und Anregungen an die betroffenen Organe, Stellen und Ämter heranzutragen, um z.B. auf für die Öffentlichkeit wichtige Probleme und Missstände aufmerksam zu machen bzw. deren Beseitigung mit der Macht der Medien zu bewirken.

In Anbetracht der Tatsache, daß, wenn immer mehrere Menschen zusammen kommen, gerade heute immer wieder massive Kritik inbezug auf Missstände in der Politik, in der sozialen Versorgung und Absicherung, massive Teuerung von Lebensmittel und Energie, unsichere Arbeitsplätze, Rentenmisere, Atomfrage, Aussenpolitik, Terrorgefahr, Islamistenproblem usw. geäussert wird, haben wir uns vorgenommen, dieser Kritik ein Forum zu bieten. Denn die Gespräche Zuhause oder sonst im privaten Bereich versanden, und die Kritik kommt nicht da an, wo sie etwas bewirken könnte. In Dörfern und kleinen Ortschaften gehören sogenannte Stammtische zur Basis der politischen Aktivität, aber auch nur, weil an diesem Stammtischen auch Ortsvorsteher oder der Bürgermeister sitzen und die in quasi privater Runde geäusserten Kritiken bzw. Anregungen aufnehmen und entsprechend

Fortsetzung auf Seite 2

W. Dietl, 93402 Cham

Die Bundeswehr in Afghanistan
oder Der verlorene Krieg

1. Der 11. September 2001 änderte alles. Einen Monat später begann der einigermaßen gerechte Krieg des Westens gegen die afghanischen Islamisten und ihre gefährlichen arabischen Freunde, die seit den späten 90er Jahren am Hindukusch Unterschlupf gefunden hatten. Im Dezember war alles entschieden. Die Friedensarbeit folgte Schlag auf Schlag. Auf dem Bonner Petersberg tagte vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001 eine erste Wiederaufbau-Konferenz. Am 20. Dezember 2001 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1386. Diese kündigte an, für sechs Monate eine sogenannte Sicherheitsbeistands-truppe in Kabul zu stationieren. Zum ersten Mal tauchte das neue Kürzel auf: ISAF. International Security Assistance Force. Ein neuer Krieg begann, der mittlerweile aber – im siebten Jahr – längst verloren ist.

Fortsetzung auf Seite 5

Inhalt:Seite

Vorwort der ersten Ausgabe, Redaktion	1
Die Bundeswehr in Afghanistan, W. Dietl	1
Mausarm, E. Philipp	3
Politikerlaufzeiten, K.-H. Nagel	3
Illusionen beim Thema "Energie-Altbausanierung", Dr. H. Spangenberg	4
Das Volk kann man nicht endlos hintergehen, Dr. S. Harun-Mahdavi	5
Etwas zum Schmunzeln, E. Philipp	7
Ausbeutung der Rentner muß ein Ende haben, Dipl.-Ing. M. Harun-Mahdavi	8
Impressum	8

Das Volk spendet seine Gunst - niemals sein Vertrauen!

Anoine Conte de Rivarol

Fortsetzung von Seite 1

weitergeben können. Diese demokratische Basis funktioniert aber nicht mehr in Großstädten. Hier bedarf es anderer Instrumente. Parteien sollten an sich dieses Instrument sein, aber die Menschen sind aufgrund der Erfahrungen der letzten Regierungsperioden politikverdrossen.
Die in ihrer Gesamtheit ehrenamtlich tätige „DENK! MAL!"-Redaktion möchte mit dieser Zeitschrift nun dazu beitragen, die Meinung der Basis ohne Umschweife politisch wirksam zu veröffentlichen.
Die Mitglieder der Redaktion, allesamt politisch erfahrene Mitbürger, haben sich zusammengeschlossen, um mit dieser Monatsschrift allen Bürgern dieses Landes eine Anlaufstelle zu geben, damit Ihre kritische Meinung in Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gehört werden kann. Die Aussage soll jeweils klar und ohne überflüssige Rücksichtnahme sein, wobei der Rahmen juristischer und journalistischer Vertretbarkeit zu wahren ist.
Wir hoffen, dass auch SIE durch Ihre Beiträge uns bei unserem Vorhaben unterstützen werden, vielen Bürgern unseres Landes eine tragende Stimme zu geben.

Unsere Grundregel dafür, dass auch IHRE Leserbriefe bei uns veröffentlicht werden können, sind:

1. Das Thema soll für die Allgemeinheit von Interesse sein
2. Der Leserbrief muß uns mit Ihrem richtigen Namen und mit vollständiger Adresse zugesandt werden. Im Falle der Veröffentlichung erscheint nur Ihr Nachname und die Ortsbezeichnung unter dem Leserbrief
3. Der Inhalt soll juristisch und journalistisch nicht anfechtbar sein
4. Der Leserbrief darf keine Person namentlich verunglimpfen

Jede/r Leser/in kann seine Beiträge

per Post an die Denk! Mal! Redaktion
Lustheimer Str. 4 B
85716 Unterschleißheim
per Fax Rufnummer +49-89-32155805
per E-Mail an die Denk!Mal!-Redaktion unter

info@lebenundlebenlassen.org

zusenden.

Der Erhalt jeder Einsendung wird nach Durchsicht und Prüfung auf Eignung durch die Redaktion mit einem Hinweis auf die Verwertung bzw. Nichtverwertung bestätigt werden.
Die Redaktion behält sich dabei vor, die eingereichten Texte bei Bedarf zu kürzen bzw. sprachlich anzupassen. Wir sichern zu, daß in keinem Fall eine Änderung der Aussage erfolgt.

Unsere monatlich erscheinende Zeitschrift wird zu Beginn auf 8 Seiten begrenzt sein. Daher bitten wir um Ihr Verständnis, wenn nicht alle Einsendungen sofort veröffentlicht werden. Wir bemühen uns, die Seitenzahl schon in den nächsten Ausgaben zu erweitern.

Falls Sie sich außer mit Textbeiträgen auch noch mit Spenden an der Fortführung und Erweiterung von DENK! MAL! beteiligen wollen, bitten wir um Verwendung der Bankverbindung des Vereins Leben & Leben Lassen e.V. – zur Verwirklichung der Menschenrechte – unter Angabe des Titels „DENK! MAL!" als Verwendungszweck. Auf Anfrage erhalten Sie selbstverständlich eine Spendenquittung des Vereins Leben & Leben Lassen e.V. .
Der seit 1993 bestehende Verein „Leben und Leben Lassen e.V. – zur Verwirklichung der Menschenrechte - ", ist der verantwortliche Herausgeber von „Denk! Mal!", wobei die Redaktion selbständig tätig ist.

Deren Zusammenstellung (in alphabetischer Reihenfolge):

Herr Wilhelm Dietl

Herr Massoud Harun-Mahdavi (Vorsitzender)

Herr Karl-Heinz Nagel

Frau Elisabeth Philipp

Herr Bernd Rill

Weitere Angaben zur Redaktion sowie zukünftig archivierte Ausgaben von Denk! Mal! können über die Homepage des Vereins unter

www.lebenundlebenlassen.org

Pressefreiheit bedeutet auch die Unabhängigkeit der Medien von Lobbies jeglicher Art!

Elisabeth Philipp, 85716 Unterschleißheim

„Mausarm“ – eine Volkskrankheit?

Immer wieder ist festzustellen, daß Menschen, die täglich am Computer arbeiten, unter einem sog. „Mausarm“ leiden. „RSI-Syndrom“ ist die medizinische Bezeichnung für diese immer häufiger vorkommende Erkrankung. Mit relativ geringen Investitionen und einer entsprechenden Aufklärung, könnten die Firmen bei ihren Mitarbeitern vorbeugen und Ausfälle durch diese Erkrankung reduzieren. Eine Klägerin, die die Anerkennung einer Sehnenscheidenentzündung als Berufskrankheit gegen ihre Firma einklagte, bekam vor dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht Recht.
In der Zwischenzeit reagiert z.B. auch der Marktführer Microsoft auf das RSI-Syndrom und entwickelte in langjähriger Forschungsarbeit ergonomische Tastaturen und auch Mäuse, die Handgelenken, Händen und Armen eine natürliche Haltung am Computer vermitteln. Es wäre den Firmen, die diese Technik überwiegend einsetzen, anzuraten, sich für den ergonomischen Umgang mit dem Computer zu interessieren, damit nicht wirklich eine „Volkskrankheit“ daraus entsteht.

Karl-Heinz Nagel, 83257 Gstadt-Goll.

„Politikerlaufzeiten“

Unsere Politiker lächeln viel versprechend von den Wahlplakaten ….

Und wir sehen über Jahrzehnte hinweg immer wieder gleiche Gesichter. Ja, woher holen sich denn diese Langzeitgrinser die Lebens- und Berufserfahrung, die sie zur Bewältigung ihres verantwortungsvollen Parlamentarierdaseins brauchen?

Liest man einzelne Biografien, so fällt einem immer wieder auf, dass die Politikerlaufbahn schon als Schülersprecher begonnen hat, man tritt der Jugendorganisation einer Partei bei, wird deren Vorsitzender und wechselt dann in die Partei, erhält irgendwann einen Listenplatz, wird gewählt und sitzt dann auf mehr oder weniger wichtigen Pöstchen im Parteikader. Sucht man in der Biografie nach einer Berufsausbildung, einer mehr oder weniger verantwortungsvollen Berufstätigkeit, so stößt man auf die Bezeichnung „Parlamentarier“. Und diese Parlamentarier, die wunderbar „parlieren“ können, werden in ihrem so genannten Beruf alt und begegnen uns immer wieder auf Wahlplakaten, auf dem Bildschirm etc.

.

Wie könnte man nun aber Parlamentarier mit Berufserfahrung und Zukunftsperspektiven in die Parlamente holen?
Die Amtszeit eines Parlamentariers sollte nur noch zwei Legislaturperioden dauern. Es sei denn, er würde in der zweiten Periode einem wichtigen Amt, z.B. als Minister, vorstehen.
Aber dann müsste nach der 3. Legislaturperiode (die 3. gewonnene Wahl hintereinander vorausgesetzt) Schluss sein.

Fazit: Die Bewerber um einen Sitz in den Parlamenten würden sich erst nach erfolgreicher Berufstätigkeit um einen Sitz in den Parlamenten bewerben, denn sie müssten ja nach spätestens 2 bzw. 3 Legislaturperioden wieder in den Arbeitsmarkt zurück und sich den weiteren Lebensunterhalt durch die Ausübung eines Berufes verdienen.

Auch die Altersversorgung der Kandidaten in den Parlamenten sollte nur für den Zeitraum ihrer Parlamentarierschaft auf dem Level, der zuvor erreicht war, vom Staat getragen werden.

Ich bin sicher, die Zusammensetzung unserer Parlamente würde nur so strotzen von lebens- und berufserfahrenen Mitbürgern, die für ihr Land, für ihre Mitmenschen eine gute Arbeit leisten wollen und dieses auch können

---

Dr. Heinz Spangenberg, 76744 Wörth

Illusionen beim Thema
"Energie-Altbausanierung"

Wir sollten mit einigen Märchen aufräumen, die uns Politiker und Journalisten täglich ins Haus tragen: Energiesparen im eigenen Altbau-Haus ist heute noch eine Illusion. Was wird uns da eingeredet: Wärmedämmung, Solarzellen, Wärmepumpen usw. Kurzgefaßt einige kritische Anmerkungen dazu.

Photovoltaik-anlage (Solarzellen) :

Die Technik dazu steckt immer noch in den Kinderschuhen. Eine Solarzelle hat z. Zt. eine Wirkungsgrad von ca. 9 %. Das heißt, 91 % der eingestrahlen Sonnenenergie werden nicht genutzt. Das gilt sowieso nur für neue, saubere Solarzellen, die dem prallen Sonnenlicht ausgesetz sind. Nun verschmutzen die Zellen leider, und im Winter dringt nur ein winziger Bruchteil der Sommer-Sonneneinstrahlung auf die Zellen. Die Ausbeute kann sich also Richtung 0 bewegen. Eine solche Anlage kostet aber für ein mittleres Einfamilienhaus ca. 20 000 €. Den Käufern wird eingeredet, in 20 Jahren hätten sie das Geld wieder heraus und sparten echt Energie. Das würde ja funktionieren, wenn der Staat weiter 20 Jahre lang fördert und die Energiekonzerne den von uns eingespeisten Strom weiter vergüten würden. Leider ist damit nicht zu rechnen, so daß die ganze Kalkulation in ein paar Jahren zusammenbricht. Nicht gerechnet sind die Reparatur- und Wartungskosten. Mit denen zusammen sieht es noch schlechter aus.

Dabei gibt es schon Solarzellen mit einer Ausbeute von annähernd 20 %. Sie sind nur noch zu teuer und technisch noch nicht ausgereift.

Liebe Politiker, warum steckt ihr die Forschungsgelder für Energieeinsparung nicht in die Weiterentwicklung dieser Technik. Ich gebe Euch den Hinweis: Die **Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg/Breisgau** laboriert an billigen Solarzellen mit hoher Ausbeute. In Kalifornien sind ebenfalls billige 20%-Solarzellen in der Entwicklung.. In der Weltraumfahrt sind sie schon lange Stand der Technik. Also: **ran an die Förderung von F & E!!!** (Forschung & Entwicklung).

Wärmedämmung von Altbauten:

Meine Güte, was wird da zusammengeredet und -geschrieben. Die Praxis: Ein Altbaubesitzer entschließt sich, sein Haus zu dämmen. Dazu muß er ca. 10 cm dicke Styroporplatten auf sein Haus aufnageln, das Ganze noch verputzen, um es witterungsunabhängig zu machen. Er darf natürlich nicht vergessen, die Fensterbretter herauszureißen, denn die passen nicht mehr in die nun vorgezogene Fassade, Fenstergitter und andere Fassadenanbauten müssen ebenfalls beseitigt werden. Wenn er Glück hat, kann er seine alten Fenster behalten, sonst muß er die auch noch ersetzen. Als Ergebnis hat er dann eine ca. 20 %ige Einsparung der Heizenergie. Die ganze Arbeit kostet ihn je nach Größe des Hauses nicht unter 20.000 €, aber auch leicht 100.000 €. Völlig unwirtschaftlich und unakzeptabel. Daher wird diese Methode auch kaum praktiziert, denn jeder, der sich damit befaßt, kommt schnell zu einem vernichtenden Ergebnis.

Wie sollte es aussehen (im wahrsten Sinne des Wortes): statt sich sein Haus mit einem teuren und häßlichen Styroporpanzer zu versehen, sollte er zunächst alle Energiesparmöglichkeiten ausnutzen und darauf hoffen, daß Politiker und Industrie sich endlich um die Entwicklung effizienterer Dämmöglichkeiten kümmern. Warum kommt niemand auf den Gedanken, Keramikschaum als Dämmaterial zu benutzen. Inzwischen ist das Material billig und hat eine sehr hohe Dämmwirkung. Denken Sie an die Hitzekacheln der US-Raumfähre: auf der einen Seite glühten sie, auf der anderen Seite nahm der Techniker sie in die bloße Hand. Inzwischen sind solche Materialien vereinfacht und die Preise in

Fortsetzung von Seite 4
Illusionen beim Thema .....

den Keller gefallen. Und: eine starke Dämmwirkung erzielt man mit ca. 2 cm dicken Platten! Kein Panzer von 10 - 12 cm!

Politiker: Warum fördert Ihr das nicht ? Da gibt es z. B. das "**Bavarian Center for Applied Energy Research"** an der Universität Würzburg. Unter echt bayerischem Namen wird dort Grundlagenforschung betrieben. Aber nicht als staatliches Crash-Programm, sondern von kleinem Industrie-Auftrag zu Auftrag und mit mickrigen Universitäts-Budgets. Wenn es gelänge, billige Keramikschaum-Platten herzustellen, dann wäre das Problem "Altbausanierung" gelöst.

Ähnliches wäre über Wärmepumpen, thermische Solarzellen und Kombisysteme zu sagen.

Fazit: das was da in den Medien und von Politikern angepriesen wird, rechnet sich nicht!!! Wenn sich jemand eine Photovoltaik-Anlage aufs Haus montieren läßt, dann tut er das auf eigenes Kostenrisiko. Gleichfalls, wenn er sein Haus mit Styroporplatten verschandeln will.

Wirkungsvollere Technik ist schon vorhanden, man muß ihren Einsatz nur fördern!!

Dr. S. Harun-Mahdavi, 80538 München

Man kann die Leute nicht endlos hintergehen!

Bevor die Wirtschaftskriese sich abzeichnete, wunderte ich mich darüber, auf welch´ dreiste Art die großen Öl- und Energiekonzerne das Volk schröpften. Obwohl der Preis für Rohöl auf dem Börsenparkett um ca. 40% gesunken ist, sind die Benzinpreise nicht im selben Maß gefallen. Vielmehr erreichen uns nach wie vor Nachrichten darüber, daß die Preise für Benzin, Öl, Gas und Strom angehoben werden müßten.

Es ist doch mehr als offensichtlich, daß das Schreckgespenst steigender Energiepreise von der Energie-Lobby als Machtinstrument zur Überzeugung uneinsichtiger Parlamentarier ausgenützt wird. Die Energie-Lobby nutzt die Gunst der Stunde, um durch die Unzufriedenheit der wählenden Bevölkerung Druck auf den Gesetzgeber auszuüben, damit die Laufzeit der von der Abschaltung bedrohten Atomkraftwerke wieder per Gesetz verlängert wird.

Aber es sei gesagt, weder Energie-Lobby noch die Regierung sollten denken, daß man die Menschen für dumm verkaufen und endlos hintergehen kann.

Die tatsächliche Macht der Bürger hat zuletzt die CSU-Führung schmerzlich erfahren müssen.

Parlamentarier, fürchtet euch vor der Macht der Wähler!

Fortsetzung von Seite 1
Die Bundeswehr in Afghanistan .....

2. Im Rahmen des ISAF-Mandats sind heute insgesamt 41 144 Soldaten aus 38 Staaten in Afghanistan stationiert. Deutschland beteiligt sich mit 3155 Soldaten an der Mission. Die Bundeswehr-Einheiten sind bislang in Kabul und im Norden des Landes stationiert. Eine Zeitlang befanden sich 100 Mann der Elitetruppe „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) im südlichen Kandahar. Ihre Rolle und ihr Nutzen sind heute ziemlich umstritten. Weitere 7000 Truppen der USA operieren vor allem im Süden. Sie gehören zur „Operation Enduring Freedom“ und liefern sich fast tägliche Gefechte mit den immer stärker werdenden neuen Taliban. Wenn noch Zeit bleibt, dann bilden sie Afghanen für Militär und Polizei aus. Operation Enduring Freedom und ISAF unterstehen getrennten Kommandos, vermischen sich aber immer häufiger. Nachdem die Verluste der Alliierten ungleich stärker zunehmen als die der Bundeswehr, fordern vor allem USA und Kanada intensiveres deutsches Engagement. Das würde für uns bedeuten: mehr als 3500 Mann vor Ort, Kampfeinsätze im wilden Süden. „Quick Reaction Force“. Ein neuer Begriff, der nichts Gutes verheißt. Und es würde bedeuten, dass Bundeswehrsoldaten

Fortsetzung von Seite 5
Die Bundeswehr in Afghanistan .....

das Töten lernen müssten. Bislang werden sie von vertraulichen Richtlinien gesteuert, die eher unüblich klingen. Zitat: *„Die Anwendung tödlicher Gewalt ist verboten, solange nicht ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht."* Bis eine Führungsstelle über den Ernstfall entscheidet, kann es im Feindesland zu spät sein. Die jüngsten Todesschüsse bei Personenkontrollen, im September 2008, werden noch unter der Rubrik „Unfall" verbucht, und nicht beim Stichwort „Krieg".

3. Was wurde bis heute erreicht? Wesentlich weniger als es die Festreden der ersten Jahre suggerierten. Der erste Krieg sollte die Taliban und al Qaida zerschlagen, einen demokratischen Staat Afghanistan aufbauen und die gesamte Region stabilisieren. Nichts davon ist wirklich geschehen. Nicht einmal Osama bin Laden und sein Stellvertreter wurden gefasst. Nachbar Pakistan ist stärker destabilisiert denn je. Das Land dient als Rückzugsraum der Islamisten. Die Zahl der Terrorcamps in der Grenzregion nimmt zu. Kein Insider glaubt, dass sich an dieser Situation in nächster Zeit etwas ändern könnte.

4. Afghanistan ist ein gescheiterter Staat. Darüber kann auch ein freundlicher Präsident mit fotogenen Auftritten nicht hinwegtäuschen. Das Land produziert mittlerweile auf 200 000 Hektar fast 100 Prozent des weltweiten Rohopiums. Ab 2002 stieg die Mohn-Produktion steil an, und 2006 nahm die Anbaufläche noch einmal um ein Drittel zu. 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 8,25 Milliarden Dollar entfielen auf den Drogenhandel. Die Statistiker registrierten 2007 eine Rekordernte. Ein UN-Bericht vom Februar 2008 sagt für das laufende Jahr erneut Rekordzahlen voraus. Das Rauschgift finanziert die Taliban, die alten Warlords und vermutlich sogar Teile der neuen Karzai-Strukturen. 3,3 Millionen Afghanen leben vom Opium. Zum Vergleich: Ein Hektar Weizen bringt 546 $, ein Hektar Opium dagegen 5200 $. Woher sollte da ein Anreiz kommen, die Landwirtschaft umzustellen?

5. Zurück zur Bundeswehr. Die westlichen Bündnispartner sind ausnahmslos auf dem mentalen Rückzug aus Afghanistan. Überall sinkt die Akzeptanz dieses verlorenen Krieges. Die demonstrative Zurückhaltung der meisten Nato-Staaten erschüttert die Allianz. Wer ersetzt die 1650 Holländer, wenn sie im Sommer 2010 ihren Rückzug antreten, wer die 1650 Kanadier, die ein Jahr später abziehen werden? Wichtig ist es auch, die hohen Kosten zu betrachten. ISAF verschlang bis 2006 1,9 Milliarden deutsche Euro. Der Tornado-Einsatz der Bundeswehr wurde 2007 mit 35 Millionen Euro kalkuliert. Die sechs Aufklärungsmaschinen benötigen 500 Mann Flug- und Technikpersonal. Es ist der teuerste Außeneinsatz der Bundeswehr seit ihrer Gründung. Der gesamte Krieg, Operation Enduring Freedom eingeschlossen, steht beim Pentagon mit 80 Milliarden Dollar in den Haushaltsbüchern. Das Center for Defense Information
hält 150 Milliarden Dollar für wahrscheinlicher, die Friedensbewegung sogar das Doppelte.

6. 2005 wurden 17 Selbstmordanschläge gezählt. 2006 sprang die Quote auf 123. 2007 stieg die Statistik auf 160. Bei allen gewaltsamen Zwischenfällen – 425 pro Monat im Jahr 2006 und 566 pro Monat im Jahr 2007 – starben letztes Jahr 8000 Menschen, davon 5000 Zivilisten. Zehn Prozent der Provinzen ist für UN-Mitarbeiter gesperrt. Das behindert auch die zivilen Hilfsprojekte, die letztes Jahr 130 mal angegriffen wurden. Das bringt uns wieder zur Bundeswehr und zu einem anderen Dilemma. Die Deutschen sind stolz auf ihre PRT´s, ihre Provinzwiederaufbauteams. Unser Konzept vermischt zivile und militärische Wiederaufbauhilfe. Eine gefährliche Strategie, da es auch die zivilen Hilfsorganisationen zum militärischen Ziel macht. Das gab es noch nie.

Fortsetzung von Seite 6
Die Bundeswehr in Afghanistan .....

Bislang ist nicht klar, ob dieses Konzept auf Dauer durchzuhalten ist.

7. Bei der jüngsten Abstimmung im Deutschen Bundestag, am 16. Oktober 2008, stimmten 442 Abgeordnete für die Fortsetzung der Bundeswehr-Präsenz in Zentralasien. 96 Parlamentarier lehnten ab und 32 enthielten sich der Stimme. Die Mehrheit der Volksvertreter akzeptierte die von der Bundesregierung vorgeschlagene Ausweitung des deutschen Kontingents von 3500 auf 4500 Soldaten. Das Mandat wurde diesmal um 14 Monate verlängert. Die nächste Abstimmung findet also nach der Bundestagswahl des Jahres 2009 statt - wenn nichts Unvorhergesehenes passiert.....
Vor kurzem entschied das Bundesverfassungsgericht, dass der Bundestag künftig das entscheidende Wort bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat. Eine erhebliche Verantwortung. Nach letzten Umfragen würde 73 Prozent der Bevölkerung einem sofortigen Rückzug aus Afghanistan zustimmen. Selten klaffte eine größere Lücke zwischen dem Willen des Volkes und der Regierung. Aus Angst vor dem bayerischen Wähler wurde jede neue Entscheidung über Afghanistan in den Oktober verschoben. Dabei scheint eine Erhöhung des Kontingents schon beschlossene Sache zu sein. Die Regierung reagiert hilflos und trotzig, spricht von Bündnisverpflichtung. Berlin bleibt die Antwort schuldig, wenn es nach einer Exit-Strategie gefragt wird. Die Regierung hat keine. Im Notfall wird das geflügelte Struck-Wort von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch aufgewärmt. Dabei hätten wir es nötiger, in Hindelang verteidigt zu werden.

8. Afghanistan hat aufgrund seiner jahrhundertealten Strukturen keine Chance, innerhalb der nächsten Jahrzehnte eine Demokratie oder ein Rechtsstaat nach unserem Muster zu werden. Je stärker wir uns engagieren, desto mehr wird dieser Landstrich zum Protektorat, zur Kolonie. You break it, you own it. Und, zynisch gesagt, haben wir nicht einmal Nutzen. In Afghanistan gibt es nur Sand und Steine - kein Öl.

9. Wir haben uns zu sehr an Situationen gewöhnt, die als schicksalhaft beschrieben werden. Nachrichten von Selbstmordanschlägen, Luftangriffen, Gefechten weit hinter der Türkei nehmen wir als gegeben hin. Wir lesen, dass das Feldlager Kundus allein in einem Monat mit 51 Raketen beschossen wurde – und gehen zur Tagesordnung über. Zu selten sehen wir die unzähligen einzelnen Schicksale. Viele tausend Afghanen sind seit 2001 in einem sinnlosen Krieg ums Leben gekommen, wir kennen ihre genaue Zahl nicht, aber auch 770 westliche Soldaten. Erfreulich wenige gehörten der Bundeswehr an. Das kann sich ganz schnell ändern, wenn wir in die täglichen Kämpfe eingreifen. Welche Bundesregierung ist in der Lage, den Angehörigen das Warum logisch zu erklären.

Elisabeth Philipp, 85716 Unterschleißheim

Zum Schluß noch etwas zum Schmunzeln:

Ein alter Araber lebt seit mehr als 30 Jahren in Chicago. Er würde gern in seinem Garten Kartoffeln pflanzen, aber er ist alt und schwach. Sein Sohn, der ihm früher manche Arbeiten abgenommen hat, studiert jetzt in Paris. Daher schreibt er folgendes e-mail an ihn:
„Lieber Ahmed, ich bin sehr traurig, weil ich in meinem Garten keine Kartoffeln pflanzen kann. Wenn Du hier wärst, könntest Du mir helfen und den Garten umgraben – Dein Vater“
Prompt erhält der alte Mann von seinem Sohn folgende e-mail:
„Lieber Vater, bitte rühre auf keinen Fall irgend etwas in Deinem Garten an. Dort habe ich nämlich „die Sachen“ versteckt. Ich liebe Dich auch – Dein Ahmed.“
Keine 2 Stunden später umstellte die US-Army, die Marines, das FBI und die CIA das Haus des alten Mannes. Sie nehmen den Garten Scholle für Scholle auseinander, suchen jeden Millimeter ab, finden aber nichts. Enttäuscht ziehen sie wieder ab.
Am selben Tag erhält der alte Vater noch ein e-mail von seinem Sohn:
„Lieber Vater, sicherlich ist jetzt der Garten komplett umgegraben und Du kannst die Kartoffeln pflanzen. Mehr konnte ich aus der Entfernung leider nicht für Dich tun. Ich liebe Dich – Dein Ahmed.“

Soziale Sicherheit ist das günstigste Mittel zur Vorbeugung gegen Kriminalität!

M. Harun-Mahdavi, 85716 Unterschleißheim

Ausbeutung der Rentner muß ein Ende haben!

Mit der Globalisierung und der Einführung des Euro haben viele gewonnen, aber eine nicht unwichtige und anteilig große Bevölkerungsgruppe hat nur verloren. Das sind die fast 20 Millionen Rentner und Pensionisten in unserem Lande.

Als sie zum Teil vor über 50 Jahren zu arbeiten begannen, wurde ihnen mit der Zahlung der damaligen Rentenbeiträge ein Rentnerparadies versprochen. Sie haben ihre Rentenbeiträge dem Staat als Treuhänder übergeben. Ihnen wurde nicht gesagt, dass die Regierung eines Tages diese treuhänderisch übergebenen Beiträge missbräuchlich verwenden würde.

Heute wird den Rentnern mit der durch Misswirtschaft hervorgerufenen Misere auch noch ein schlechtes Gewissen eingeredet. Sie sollen sich heute um Ihre Kinder und Enkelkinder kümmern, da diese die Renten finanzieren würden. Außerdem wurde die Rente zweimal halbiert. Einmal durch die EURO-Einführung und ein zweites Mal durch die globale Verteuerung der Nahrungsmittel, Energiekosten, Mieten etc. . Dazu kommt noch, daß von der knappen Rente zusätzlich noch Steuern und Krankenversicherungsbeiträge abgezogen werden, die noch vor 10 Jahren nicht abgezogen wurden.

Im Vergleich zu 20% Steuer- und Versicherungsbeitragsabzügen, ist die medienwirksam lang und breit ausgeschlachtete Debatte um 1,5% Rentenerhöhung eine Verhöhnung der vielen Menschen, die ihr Leben lang für ihr Land gearbeitet und fleißig ihre Beiträge einbezahlt haben. Durchschnittlich bekommen die Rentner unter 1000,-€ ausbezahlt. 1,5% bedeuten 15,-€ mehr im Monat. Also kaum 50 Cent pro Tag.

Wie weit will man noch gehen?
Man darf die Friedfertigkeit und Bescheidenheit der Rentner nicht noch mehr ausnutzen. Die Regierung ist in der Pflicht, sich nicht nur wegen der Rentner um einen Ausgleich zu bemühen, sondern viel mehr für die heute arbeitende Generation. Denn welche Motivation soll die junge Generation haben, um sich im Arbeitsleben auf die Rente zu freuen und korrekt zu arbeiten und nicht die Hand für Schmiergelder auf zu machen und nicht anderen kriminellen Verhaltensweisen nachzugehen?

Was hat die junge Generation überhaupt noch zu verlieren?

Wir sind auf dem besten Weg zu einer Gesellschaft ohne soziale Absicherung, sowohl vor wie nach der Rente!
Wo ist die Gewerkschaft, die mindestens 10% Rentenerhöhung fordert?
Auf in den Kampf!

Über den Herausgeber:

Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

mit Sitz in Unterschleißheim bei München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.
Die Arbeit des Vereins basiert auf den Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.
Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über
Homepage: www.lebenundlebenlassen.org
E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org
Tel.: +49-89-3106999
Fax: +49-89-32155805
Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52
Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.

Impressum:

Anschrift	Lustheimer Str. 4 b, 85716 Unterschleißheim
Herausgeber	Verein Leben & Leben Lassen – zur Verwirklichung der Menschenrechte e.V.
Chefredakteur	Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)
Redaktion	Wilhelm Dietl, Karl-Heinz Nagel, Elisabeth Philipp, Bernd Rill
Verlag	D.i.E.